



Ergebnis der Bertelsmannstiftung wiederholt besorgniserregend und das Land bietet einen Tausch Alt- gegen Neuschulden an!

„Eine wiederholt besorgniserregende Analyse der Bertelsmannstiftung muss den Willen zu einer konzertierten Aktion des Landes zusammen mit seinen Kommunen hervorrufen!“ so der Vorsitzende des Landkreistages Saarland, Landrat Udo Recktenwald. An der Analyse ist nicht zu zweifeln. Die Fakten liegen wiederholt auf dem Tisch. Die Gemeinden im Saarland befinden sich in einer Finanzlage, die es ihnen nicht ermöglicht, adäquat zu handeln. Dabei geht es, und das ist noch viel bedrohlicher, auch um Zukunftsaufgaben, wie den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Vorschulalter sowie im Grundschulalter, eine Aufgabe mit Schlüsselfunktion für gute Ansiedlungspolitik. Es geht um eine der ganz großen Zukunftsaufgaben, nämlich Klimaneutralität, Klimaanpassung, eine Aufgabe mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und für die Finanzierungszusagen für Ansiedlungs- oder Transformationspolitik. Die Antwort der Landesregierung darauf: Ruf nach dem Bund zur Altschuldenentlastung. Das ist zu wenig. Denn das heißt übersetzt: „Ihr werdet Eure Altschulden los, dann könnt Ihr ja wieder neue Schulden machen.“ Nein, wir brauchen eine kritische Aufgabenüberprüfung und wir müssen kostenlose oder kostengünstige Leistungen über Steuerfinanzierung kritisch auf ihre Notwendigkeit und ihre Wirkweise überprüfen.“ so Landrat Recktenwald. Und Landrat Lauer ergänzt: „Bund und Länder müssen aufhören, Wohltaten zu versprechen, deren Durchfinanzierung sie nicht mitdenken und planen.“ Beispiele dafür gibt es viele: Wohngeldreform, Doppelstruktur bei der Kindergrundsicherung,

Krankenhausreform mit Bundesunterstützung bei den Investitionen, nicht jedoch bei den Betriebskosten, Digitalisierung ohne durchgängige Managementstrategien. Ein Land ohne Kommunen gibt es nicht. Wenn die Kommunen der Handlungsunfähigkeit preisgegeben werden, wird am Ende auch das Land handlungsunfähig sein. Deshalb ist es dringend geboten, dass das Land unsere Verhandlungen zur auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Ebene zeitnah und ergebnisorientiert fortsetzt. Ebenso erwarten wir vom Land, dass es nicht mehr bei bundesgesetzlichen Leistungsausweitungen ohne eine Bundeskonnexitätsregelung zustimmt.

Denn die kommunale Ebene ist der Ort, in dem die Menschen ihre Lebenswirklichkeit sehen. Nur mit starken Kommunen schafft man Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse, stärkt damit unsere Demokratie und wirkt rechtsextremen Tendenzen entgegen. Das ist die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen.

Wir müssen es angehen!

Saarbrücken, den 07.09.2023

Pressekontakt:

Susanne Schwarz
Geschäftsführerin
Landkreistag Saarland
Faktoreistraße 4
66111 Saarbrücken
T: +49 681 950 945 16

susanne.schwarz@lktsaar.de
www.landkreistag-saarland.de